

29. März 2006

metallnachrichten

Metall- und Elektroindustrie Tarifgebiete I, II und III



Bezirk
Berlin-Brandenburg-
Sachsen

DRITTE VERHANDLUNG: ARBEITGEBER FORDERN ARBEITSZEITVERLÄNGERUNG UND REALLOHNSENKUNG

Jetzt Warnstreiks



Kundgebung am 27. März in Berlin: Die Verweigerung der Arbeitgeber provoziert die Beschäftigten

Was ist los bei den Arbeitgebern? Sie legten auch in der dritten Verhandlungsrunde für die Metall- und Elektroindustrie in Berlin und Brandenburg sowie für das Tarifgebiet III am Montag in Berlin kein bezifferbares Angebot vor. Ein neuer Verhandlungstermin wurde nicht vereinbart.

Die Friedenspflicht ist um. Klarer Fall: Ab jetzt tragen wir unseren Protest auf die Straße – mit Warnstreiks.

Die Arbeitgeber forderten in der Tarifverhandlung Arbeitszeitverlängerung und Lohnkürzung bei Neueinstellungen. Die vermögenswirksamen Leistungen müssten ins Volumen eines neuen Tarifabschlusses einfließen. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, gibt es aber nur einen Abschluss in Höhe der Produktivitätsrate, sagte die Verhandlungsführerin der Arbeitgeber, Dr. Margarete Haase. Der IG Metall-Bezirksleiter Olivier Höbel nannte diese Forderungen »unverfroren und eine Provokation für die abhängig Beschäftigten«.

(siehe auch Seite 3)

Wir fordern:

- ▲ Fünf Prozent höhere Entgelte und Ausbildungsvergütung;
- ▲ Tarifvertrag über vermögenswirksame Leistungen wieder in Kraft setzen;
- ▲ mehr Mitsprache bei berufsbegleitender Qualifizierung und Innovation der Produktion

Kommentar

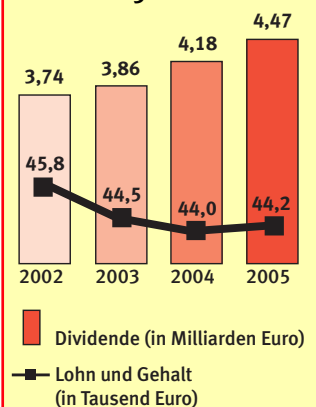
von Olivier Höbel,
IG Metall-
Bezirksleiter



Die Arbeitgeber boten uns Konfrontation pur: Kein Angebot, aber Forderungen stellen. Arbeitnehmer sollen Neueinstellungen mit Arbeitszeitverlängerung und Entgeltkürzung bezahlen. Auf diese Unverfrorenheit antworten wir mit Warnstreiks.

Mehr Geld? Nur für Aktionäre!

Dividende der Aktionäre und Einkommen pro Beschäftigten in den DAX-Unternehmen der Metallindustrie 2002 – 2005



Quelle: IG Metall-Vorstand

Aktionäre profitieren, Beschäftigte gehen leer aus: Um fast 20 Prozent ist die Dividende der Aktionäre im letzten Jahrzehnt real gestiegen. Die Lohn- und Gehaltssumme der Beschäftigten ging real um 3,5 Prozent zurück.

»Tarifrunde 2006 w

Möglicherweise stehen wir vor einer konfliktreichen Auseinandersetzung mit den Metallarbeitgebern, sagte der 2. Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber.

Zum Auftakt der Tarifrunde 2006 in Berlin und Brandenburg kritisierte Huber die Verweigerungshaltung der Metallarbeitgeberverbände. Diese hätten seit nunmehr zwei Monaten auf die klar und präzise formulierten Forderungen der IG Metall kein Angebot auf den Tisch gelegt. Statt dessen präsentiere die Arbeitgeberseite »einen Wirrwarr aus fragwürdigen wirtschaftspolitischen Darlegungen, aus Fehlinformationen und teilweise widersprüchlichen Gegenforderungen.« »Täuschen Sie sich nicht«, warnte Huber die Arbeitgeber. »Wenn Sie uns dazu zwingen, wird die IG Metall auch einem zugespitzten Konflikt nicht aus dem Wege gehen.«

Tiefgehender Wandel

Diese Haltung der Arbeitgeber zeuge von einem tiefgehenden Wandel in unserem Land. »Damit meine ich nicht die deutsch-deutsche Einigung, diesen historischen Glücksfall für Europa. Auch nicht die revolutionäre Entwicklung der Informationstechnologie. Ich meine damit die Rückkehr des rücksichtslosen Kapitalismus in unser Land.« Das Modell der sozialen Marktwirtschaft solle durch den ausschließlich am Gewinn orientierten Kapitalismus abgelöst werden. »Diese Sorte Arbeitgeber schert sich



Berthold Huber zum Tarifauftritt 2006 für Berlin und Brandenburg: Die IG Metall ist gut aufgestellt

letztlich einen Kehrtritt um Flächentarifverträge, um Mitbestimmung, um das Prinzip Leistung gegen Teilhabe«, sagte Huber.

Das neoliberale Großexperiment, wirtschaftlichen Fortschritt durch Lohnzurückhaltung zu erzielen, sei gescheitert. Die Forderungen der IG Metall sind gerechtfertigt und bezahlbar, sagte Huber unter dem Beifall der Teilnehmer. Das gelte uneingeschränkt für die neuen Bundesländer. Das Wachstum der ostdeutschen Industrie steige seit Jahren stärker als im Westen. Für 2006 werden 7,5 Prozent Plus erwartet. Die Lohnstückkosten – die Kerngröße, um die es bei Tarifverhandlungen geht – liegen zehn Prozent unter denen im Westen. »Darum müssen wir dafür sorgen, dass die Entgelterhöhung in den westdeutschen Tarifgebieten 1:1 in Ostdeutschland übernommen wird«, sagte Huber.



Der Kabarettist Martin Buchholz in Aktion: Er spendete den vollen Erlös aus dem Verkauf seines neuen Buches »Stupid white German« für die Streikkasse von CNH – insgesamt 650 Euro

wird konfliktreich«

Arbeitnehmer sollen Beschäftigungsaufbau mit Reallohnverlust und Arbeitszeitverlängerung bezahlen

Die Arbeitgeber nutzen jede Gelegenheit, um die Verlängerung der Arbeitszeit hof-fähig zu machen. Sie wollen auch die aktuelle Tarifrunde dazu missbrauchen, ihre alten Ziele durchzusetzen. Sie verpacken diese Absicht hinter wohlklingenden Begriffen.

Sie sagen »Beschäftigung fördern«

Der Verband der Metall- und Elektroindustrie für Berlin und Brandenburg (VME) will

»Beschäftigung fördern«. Dazu fordert er eine »tarifliche Regelung zum Beschäftigungsaufbau«. In Betrieben, in denen Beschäftigung aufgebaut wird, sollen die Beschäftigten demnach je ein Prozent Beschäftigungsaufbau zehn Minuten pro Tag länger arbeiten. Ohne Lohnausgleich, selbstverständlich.

Was dabei heraus kommen würde, zeigt das Beispiel DaimlerChrysler Ludwigsfelde.

Sie meinen: Länger arbeiten

»Bei uns arbeiten 1500 Menschen, 500 sollen eingestellt werden«, berichtet der Vertrauenskörperleiter Rolf-Dieter Bluhm. Das Beschäftigungsplus würde nach dem VME-Modell 5,5 Stunden kostenlose Mehrarbeit pro Woche bedeuten. Arbeiteten also alle 2000 Beschäftigten regulär 43,5 Wochenstunden, käme ein Plus von 11000 Stunden heraus.

Legt man die tariflich geltende 38-Stunden-Woche zu Grunde, würde das dem Arbeitszeitpensum von 289 Beschäftigten entsprechen.

Fazit: Die Belegschaft würde durch ihren Verzicht die Beschäftigung von 289 Leuten für die Firma finanzieren. Oder anders gesagt: 289 Arbeitsplätze müssten gar nicht besetzt werden – ein weiterer Beweis dafür, dass Arbeitszeitverlängerung ein Jobkiller ist.

Unterstützung für IG Metall

Höhere Löhne stärken die Binnenkonjunktur, helfen den Sozialkassen und füllen das Steuersäckel, rechnet der DGB vor.

Von einem Euro Tarifierhöhung werden 95 Cent wieder ausgegeben. Ein Prozent mehr Lohn

▲ bringt Arbeitnehmern 3,5 Milliarden Euro zusätzlich für den privaten Konsum;

▲ lässt die Wirtschaft um 0,16 Prozent wachsen, woraus rund 14000 neue Jobs entstehen können;

▲ bringt 460 Millionen Euro allein in die Kasse der Arbeitslosenversicherung.

Darauf verwies der Vorsitzende des DGB-Bezirks Berlin-Brandenburg, Dieter Scholz, zur Auftaktveranstaltung der Tarifrunde der IG Metall. Die Einkommen in Deutschland seien zwischen 1995 und

2004 um 0,9 Prozent gesunken, während sie in der Europäischen Union um bis zu 25 Prozent stiegen.

Die seit zwei Jahrzehnten andauernde Umverteilung des Volkseinkommens zu Lasten der Arbeitnehmer und zu Gunsten der Unternehmer habe den Privatkonsum gebremst. Die Binnenkonjunktur benötige aber dringend Impulse, appellierte Scholz.

Mehr als 20 Wissenschaftler von Berliner Hochschulen und Universitäten unterstützen den Appell des DGB Berlin-Brandenburg zur Tarifrunde 2006. Unter dem Motto »Autos kaufen keine Autos« heißt es darin: »Lohnforderungen und die Verteidigung der Arbeitszeitverkürzung sind in unserem Wirtschaftsmodell etwas Selbstverständliches.«

UMFRAGE ZU QUALIFIZIERUNG UND INNOVATION

Dringend regeln!

Eine Umfrage der IG Metall in Berlin und Brandenburg ergab: Qualifizierung wird von den Beschäftigten dringend gewünscht und muss dringend geregelt werden.

An der Umfrage im Februar und März 2006 haben 44 Betriebe mit insgesamt 17500 Beschäftigten teilgenommen. Den Angaben zufolge existieren in 77 Prozent der Betriebe keine Betriebsvereinbarungen zur Qualifizierungsplanung.

Eine übergroße Mehrheit der Betriebe (87 Prozent) verfügt nicht über ein mit dem Betriebsrat abgestimmtes Konzept zur Planung von Qualifizierung und Innovation. In nur 45 Prozent der befragten Firmen finden regelmäßig oder unregel-

mäßig Weiterbildungs-gespräche statt. Damit hat sich in fünf Jahren kaum etwas verändert. Eine Umfrage bei den Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie brachte 2001 fast die gleichen Ergebnisse.

Allerdings werden in 61 Prozent der Betriebe nur bestimmte Beschäftigtengruppen zur Qualifizierung zugelassen. Benachteiligt sind insbesondere un- und angelernte Beschäftigte, aber auch Facharbeiter und Facharbeiterinnen sowie Sachbearbeiter und Sachbearbeiterinnen.

Insgesamt halten 83 Prozent der befragten Betriebsräte einen Tarifvertrag zur berufsbegleitenden Qualifizierung und Innovation der Produktion für sinnvoll.

Solidarität stärkt unsere Kampfkraft

Die 400 IG Metallinnen und Metallarbeiter bei CNH in Berlin-Spandau stehen nunmehr in der sechsten Streikwoche. Sie wehren sich standhaft gegen die Pläne des Fiat-Konzerns, Mitte 2006 die Fertigung von Baumaschinen zu schließen und nach Italien zu verlagern. Die Streikenden fordern einen Sozialtarifvertrag.

Aus Solidarität mit den Streikenden fand die Auftaktveranstaltung zur Tarifrunde 2006 am 24. März im Streikzelt von CNH statt. Metallarbeiterinnen und Metallarbeiter aus Berlin und Brandenburg nannten die Schließungspläne einen Skandal: Nach Samsung, JVC, Stiebel Eltron und Reemtsma ist CNH binnen kurzer Zeit das fünfte Berliner Unternehmen, das Masseneinstellungen ankündigt. Damit würde ein 130-jähriges Traditionsunternehmen ausgelöscht, das unter dem Namen Orenstein&Koppel groß wurde, das dem Hydraulikbagger auf Baustellen in der ganzen Welt zum Durchbruch verhalf.

»Euer Streik ist ein Akt der Notwehr gegen Eigentümer, die den Karren in den Dreck gefahren haben und sich billig aus dem Staub machen wollen«, sagte der 2. Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber und versicherte: »Auch wenn Euer Kampf noch Wochen weiter gehen sollte, die gesamte IG Metall steht hinter Euch!«.

Es geht um die Existenz

Für die Betroffenen geht es um viel: Ihre Existenz. »Als am 23. November bekannt wurde, dass die Produktion hier eingestellt wird, wurde mir speiübel«, sagt Knut Augstein (52). Arbeitslose über 40 haben keine Chance, hatte ihm ein Unternehmensberater erklärt. Also Hartz IV? Er weiß, was da auf ihn zukäme. Die Frau, die er heiraten will, bekommt bereits »ALG II«.



Der Tarifauftritt 2006 für Berlin und Brandenburg war zugleich eine Solidaritätskundgebung für die Streikenden

Auch für Jüngere sieht es düster aus in Berlin, wo binnen zehn Jahren 60 000 Industriearbeitsplätze vernichtet wurden und rund 320 000 Menschen erwerbslos sind. Andreas Hubert (32) ist Bohrwerksdreher. Als er von der Schließung hörte, war sein Sohn wenige Tage alt. »Ich habe sofort eine neue Stelle gesucht, bekam aber nur Absagen«, sagt er bitter.

Statt Aufbau gab es bei CNH nur Abbau, kritisiert der Betriebsratsvorsitzende Christian Fromm. Nach dem Verzicht auf den Markennamen Orenstein&Koppel 2001 entließ der Konzern am Standort Berlin 350 Menschen, investierte kaum noch. Trotz allem machte CNH in den ersten drei Quartalen 2005 gegenüber dem Vorjahr ein Plus von 133 Millionen US-Dollar.

Solidarität gibt Kraft

Unterstützung für die Streikenden kommt von vielen Seiten. »Das gibt uns wirklich Kraft, wir freuen uns sehr über die Besuche und Solidaritätsschreiben«, sagt Yvonne Koch von CNH. IG Metall aus Berlin, Brandenburg und der gesamten Bundesrepublik besuchten CNH in bitterer Kälte, spendeten Zuspruch, Geld, Lebensmittel und Holz für die Feuertonnen. ◀



Prominenter Besuch: Oskar Lafontaine von der Linkspartei nannte die Schließungspläne für CNH »eine Schweinerei«



Über Schicksale wie dieses wird an fernen Schreibtischen entschieden. Die Streikenden von CNH lassen sich nicht wegschieben